

## **Protokoll – der Sitzung des Bezirksteilhabebeirates Steglitz-Zehlendorf**

am 16.09.2024 16.00 Uhr

im Tageszentrum von Reha-Steglitz am Kamenzer Damm 1A,

Teilnehmende: Frau Guhde (DRK), Frau Tapp (Teilhabefachdienst), Frau von Randow (Angehörige), Frau Nowka (Gesundheitsamt), Frau Siehr (Zukunftssicherung e.V.), Herr Schmidt, Frau Baier (AWO proMensch), Frau Groth, Frau Hempel (LebenswerkGemeinschaft/Lebensorte)

1. **Protokollführung reihum** Frau Tapp
2. **Moderation** Frau Tapp
3. **Abnahme der Tagesordnung** Wird angenommen mit zwei Ergänzungen unter Aktuelles
4. **Abnahme des Protokolls vom 13.05.2024**  
Mit kleinen Änderungen angenommen -> wird nochmals versandt
5. **Aktivitäten des Vorstandes seit der letzten Sitzung**
  - Nachfrage und inzwischen vorliegende Rückmeldung von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung zur Berechtigung von **persönlicher Assistenz für Volljährige**

Es entsteht eine Diskussion über die Antwort der Senatsverwaltung vom 06.08.2024, welche allen Mitgliedern im Vorfeld der Sitzung übersandt worden ist. In unserer damaligen Anfrage / Anmeldung des Themas wurde auf die Ungleichbehandlung von Menschen mit unterschiedlicher Behinderung durch den Berliner Rahmenvertrag, der dortigen Anlage 5 und auch der AV EH hingewiesen. In dem vorliegenden Antwortschreiben wird das jetzt praktizierte Verfahren und die Zuständigkeit begründet (legitimiert) mit dem Hinweis auf den Rahmenvertrag und die Ausführungsvorschrift EH. Das, was von uns kritisiert wurde, wird jetzt als Begründung genannt (ziemlich absurd). Die Senatsverwaltung weist darauf hin, dass für eine bestimmte Gruppe von Personen das LaGeSo zuständig ist, jedoch die Leistung (Assistenzleistung und Pflege) im Rahmen eines persönlichen Budgets (§ 29 Sozialgesetzbuch - 9. Buch-) für alle anderen Personen mit Behinderung und Pflege in und durch die Teilhabefachdienste in den Bezirken bewilligt werden kann. Diese Aussage stimmt, jedoch ist das nicht immer gewollt. Das Persönliche Budget stellt für alle Beteiligten einen erheblichen Mehraufwand dar. Eine direkte Abrechnung der erbrachten Stunden im Rahmen einer persönlichen Assistenz durch z.B. Phoenix Soziale Dienste gGmbH ist nicht möglich, da in den Bezirken diese Unterstützung nur als persönliches Budget mit entsprechendem Mehraufwand gewährt werden kann, nicht als persönliche Assistenz. Die Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung und komplexem Unterstützungsbedarf seitens des LaGeSo pauschal vom Zugang zu individueller Auftraggebung auszuschließen, ist nachgewiesenermaßen diskriminierend und rechtlich nicht haltbar. Viele Bewohner in Heimen (Besondere Wohnform) erhalten nach wie vor keine ausreichende Möglichkeit, sich entsprechend individueller Kompetenzen mit Mitteln der Unterstützten Kommunikation (UK) wie Rehapad, Talker u.a. mitzuteilen.

Es wird darauf hingewiesen, dass beim LaGeSo überwiegend Mitarbeitende mit Verwaltungshintergrund (keine Sozialarbeitenden und auch keine Ärzte/Ärztinnen) über das

Vorliegen der Voraussetzungen und den Umfang von persönlicher Assistenz entscheiden. Dieses wird als ein deutlicher Qualitätsmangel angesehen. In den Bezirken sind entsprechende Fachkräfte in den jeweiligen Fachdiensten (Sozialpsychiatrischer Dienst bzw. Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung und Teilhabefachdienst) beschäftigt.

Im Rahmen der Diskussion wurde bemängelt, dass eine Antwort auf unsere Anfrage durch die Senatsverwaltung gegeben worden ist und nicht durch den Berliner Teilhabebeirat.

Insgesamt wurde festgestellt, dass nochmals ein Schreiben an der Berliner Teilhabebeirat versandt werden soll, das Frau Nowka und ggf. Frau Groth vorbereiten, denn es gibt offenbar ein aktuelles Urteil „gegen“ das LaGeSo auf Gewährung einer persönlichen Assistenz.

#### **6. Wahl eines Vorstandsmitgliedes aus den Reihen der Interessenvertreter\*innen**

- Die Wahl wurde verschoben, da es noch zwei unbesetzte Stellen im Bezirksteilhabebeirat gibt.

#### **7. Aktuelles**

- Notunterbringung von Kindern mit Behinderung – Frau Moritz – nicht anwesend, das Thema wurde daher nicht besprochen,
- Verfahrenslotsen im Jugendamt – Frau Moritz – nicht anwesend, das Thema wurde nur kurz besprochen (offenbar sind die den Bezirken zur Verfügung stehenden Stellen in den meisten Bezirken bisher nicht besetzt).
- Gewaltschutz bei Fahrdiensten - > es gibt dazu einen Beschluss im Berliner Teilhabebeirat, der im Nachgang der Sitzung an alle versandt wird. Das Thema ist ein sehr wichtiges Thema, jedoch fehlt es noch an einer konkreten Umsetzung durch die Fahrdienste (in Verbindung mit der Senatsverwaltung und den Teilhabefachdiensten).
- Bei der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) muss ein neuer Vorstand im November gewählt werden, was sich mangels Kandidaten als schwierig erweisen könnte.
- Informationsbericht: Es gibt keine Einigung über den Bericht / das Formular in der Kommission 131 und die Teilhabefachdienste sind von SenASGIVA aufgefordert worden, den Bericht trotzdem bei den Leistungserbringern zu erbeten. Frau Tapp vom THFD Steglitz-Zehlendorf hat das bisher nicht getan, denn es gibt keine vertragliche / sonstige Grundlage dafür. Ein Leistungserbringer, der Psychosoziale Beratung (PSB) anbietet, hat unaufgefordert den Informationsbericht erstellt und übersandt. Andere Leistungsanbieter (z.B. Reha-Steglitz) orientieren sich innerhalb des Berliner Behandlungs- und Rehabilitationsplanes (BBRP) an den 9 Lebensbereichen statt der dort vorgesehenen bisherigen 4.

#### **8. Nächster Termin, Protokollführung**

- 11.11.2024 16.00 Uhr
- In Präsenz – entweder beim Gesundheitsamt in der Robert-Lück-Straße oder ggf. nochmals im Tageszentrum von Reha-Steglitz am Kamenzer Damm
- Protokoll: Reihum (muss festgelegt werden)